bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 15 | 20. Juli 2007

Rechte Szene 2

„Vorzeigeabgeordneter“
Siegfried Tittmann, einziger DVU-Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft, hat seinen Parteiaustritt erklärt.

Symbolischer Schulterschluss
Neonazis wollen die NPD im niedersächsischen Landtagswahlkampf unterstützen.

Zorn auf die „Schwarzen“
Mit den Rechts-„Autonomen“ haben NPD und Neonazis häufiger ihre Probleme.

Biedermann-Masche
Breite Mobilisierungskampagne der NPD in Thüringen.

Störenfriede
Im Rahmen ihrer „Wort- und Platzergreifungsstrategie“ tauchen Rechtsextremisten zunehmend bei Veranstaltungen demokratischer Parteien auf.

Grauzone 8

Rückkehr zum „Nationalstolz“
Dozent der Berliner Polizeischule schreibt seit Jahrzehnten für rechtsextreme Zeitschriften.

Freibier für „Chaoten“
Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg: Rechte Mitte und Zentrumspartei auf Schills Spuren.

Seitenblick 10

„Rassistische Beweggründe“
Sachsen-Anhalt will härtere Strafen bei rechter Gewalt.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Als „entartet“ verfemt
Eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus in Berlin gedenkt der vom NS-Regime verfolgten und geschmähten Künstlerinnen und Künstler.

Meldungen 12

Rechte Szene

„Vorzeigeabgeordneter“

Siegfried Tittmann, einziger DVU-Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft, hat seinen Parteiaustritt erklärt.

„Ein Mann. Ein Wort. Ein Tittmann“ versprachen die DVU-Plakate vor den Bürgerschafts- und Kommunalwahlen am 13. Mai in Bremen und Bremerhaven. Tittmann (53) war das Aushängeschild der Frey-Partei im kleinsten Bundesland – eigentlich keine schlechte Besetzung als Kandidat für jene Wähler, die für extrem rechte oder rechtspopulistische Parolen anfällig sind: Tittmann als Personifizierung der Zukurzgekommenen, als einer, der „Klartext“ spricht, nicht abgehobener „Politiker“ ist, sondern vielmehr unverfälscht „einer aus dem Volk“. Dabei waren seine Auftritte zuweilen eher reichlich peinlich. Auch bei der NPD war aufgefallen, wie beschränkt Tittmanns Kapazitäten sind. Er sei nicht in der Lage gewesen, „auch nur einen Gedanken zusammenhängend und in ganzen Sätzen herüberzubringen“, hieß es beispielsweise in einer Wahlanalyse auf der Homepage der NPD Bremen über einen TV-Auftritt des DVU-Spitzenkandidaten. Einen Teil der Wählerschaft, der ausreichte, dass ihm seit 1999 dreimal der Einzug in die Bürgerschaft gelang, konnten auch solche eher grotesk wirkende Auftritte Tittmanns nicht abschrecken.

In DVU-Kreisen hatte sich jedoch bereits am Wahlabend Ernüchterung breit gemacht. Nichts war es mit dem erhofften „Donnerschlag bei der Bremen-Wahl“. Zwar war landesweit ein leichtes Plus von 2,3 auf 2,7 Prozent zu verzeichnen, doch ausgerechnet in der DVU-Hochburg Bremerhaven, Tittmanns Heimat, ging’s bergab: Bei der Stadtverordnetenwahl schrumpfte die Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey von 8,1 Prozent im Jahre 2003 auf gerade noch 5,5 Prozent. Wieder reichte es nur für ein Mandat in der Bürgerschaft. Nach der Wahl seien im Landesverband Überlegungen laut geworden, beim nächsten Mal in Bremerhaven „mit einem neuen Gesicht und neuen Ideen“ aufzuwarten, erklärte der stellvertretende DVU-Bundesvorsitzende Bruno Wetzel nach Tittmanns Austritt. Eine „Erneuerung“ sei dort unausweichlich. Wetzel: „Eine Reihe junger und begabter Mitglieder stehen bereit und wollen Verantwortung übernehmen.“ Dem stand Tittmann im Wege. Nur so lässt sich Wetzels Hinweis verstehen, nun werde niemand mehr versuchen, diese jungen Kräfte „in den Hintergrund zu drängen“.

Tittmann, seit 1995 stellvertretender Landes- und seit 2004 stellvertretender Bundesvorsitzender, fühlte sich aufs Abstellgleis geschoben. Zu Unrecht werde er für das schwache Ergebnis verantwortlich gemacht: „Ich habe mir nichts vorzuwerfen.“ Es sei auch sein Verdienst, dass die DVU seit 24 Jahren in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sei: „Das ist einmalig in der rechten, demokratischen Parteienlandschaft.“ Beinahe logisch ist es da, dass er seine Mandate in Stadtverordnetenversammlung und Bürgerschaft bis 2011 weiter ausüben will. Solidarisiert hat sich mit ihm inzwischen einer der beiden anderen DVU-Stadtverordneten: Anatoli Wolf teilte mit, auch er verlasse die Partei.

Damit steht die DVU in der Bremer Bürgerschaft in den nächsten knapp vier Jahren ohne einen Abgeordneten dar. Und mit Rudolf Bargmann verfügt sie in Bremerhavens Stadtverordnetenversammlung nur noch über einen Vertreter – sollte der nicht auch noch das Weite suchen. Das Erfolgskapitel Bremen könnte damit für die DVU endgültig abgeschlossen sein. So oder so bedeutet diese Entwicklung auch eine Schwächung der DVU im nicht spannungsfreien Verhältnis zur NPD. Zwar hat in Sachsen auch die NPD Erfahrungen mit abtrünnigen Abgeordneten gemacht, doch sie stellt dort nach wie vor eine Fraktion. Und glaubt man den Umfragen der letzten Monate, würde die NPD wieder in den Dresdner Landtag einziehen. Stabil präsentiert sich bislang die NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Demgegenüber ist die DVU nach Tittmanns Ausscheren nur noch in einem Landesparlament vertreten: in Brandenburg, wo die Frey-Truppe, was die Außenwirkung anbelangt und verglichen mit den NPD-Abgeordneten in Dresden und Schwerin, nur ein blasses Bild abgibt. Gut möglich, dass Tittmanns Austritt jenen in der NPD Auftrieb gibt, die schon länger am Sinn der Absprachen mit der DVU zweifeln – einer Partei, die aus deren Sicht nicht nur keine Wahlen gewinnen kann, sondern der nun auch noch einer ihrer wenigen „Vorzeigeabgeordneten“ abhanden gekommen ist.

Tomas Sager

Symbolischer Schulterschluss

Neonazis wollen die NPD im niedersächsischen Landtagswahlkampf unterstützen.

Jetzt herrscht Eintracht zwischen den verfeindeten rechtsextremen Lagern in Norddeutschland. Beim Aufmarsch in Lüneburg am 14. Juli 2007 demonstrierten NPD-Funktionäre und vor allem Aktivisten aus dem Umfeld des parteikritischen „Aktionsbüros Nord“ Einigkeit für den bevorstehenden niedersächsischen Landtagswahlkampf. Einträchtig marschierten die NPD-Bundesvorstandsmitglieder Thomas Wulff und Manfred Börm neben Inge Nottelmann, Tobias Thiessen, Torben Klebe, Dieter Riefling und Marcus Winter. Einziger Wermutstropfen: beim symbolischen Schulterschluss unter dem Motto „Die Volksfront steht!“ fehlten niedersächsische Spitzenkandidaten der NPD wie Ulrich Eigenfeld, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg und Friedrich Preuß. Andreas Molau wurde wegen Krankheit entschuldigt. Der Schweriner NPD-Fraktionschef Udo Pastörs ließ sich von Stefan Köster vertreten.

Etwa 160 Neonazis waren nach Lüneburg gekommen, um hinter dem Fronttransparent „Gegen Demonstrationsverbot – Meinungsfreiheit erkämpfen“ vom Bahnhof aus durch den Stadtteil Neu Hagen zu ziehen. Ein Neonazi trug Häftlingskleidung. Sechs glatzköpfige junge Männer trugen einen Sarg mit der Aufschrift „Meinungsfreiheit“ voran. Mitorganisator Christian Worch beklagte, dass ihnen am 2. Juni dieses Recht genommen worden sei. Nach dem Verbot der geplanten Großdemonstration in Schwerin waren rund 350 Neonazis in Lüneburg aufmarschiert, um gegen den „G 8-Gipfel“ zu demonstrieren. Es kam zu Angriffen gegen Bürger, die herangezogene Polizei setzte einen Großteil der Rechtsextremisten fest. Dabei wurde ein Beamter durch Tritte verletzt.

Dieses Demonstrationsverbot und die anstehende Landtagswahl in Niedersachsen nutzten Neonazi-Strategen am 14 Juli, um Eintracht zu symbolisieren. Dieter Riefling aus Hildesheim versprach: „Die Freien Kräfte werden mit der NPD einen erfolgreichen Wahlkampf führen!“ Sven Skoda aus Nordrhein-Westfalen bekräftigte: „Ob militant oder friedlich, wichtig ist der Widerstand“. Er kündigte an: „Wir werden dahin gehen, wo es ihnen weh tut: in die Versammlungen unserer Feinde!“ Riefling, dem vonseiten der niedersächsischen NPD schon mal Redeverbot erteilt worden war, beschwor den gemeinsamen Wahlkampf. Vollmundig drohte er, nach dem Einzug der NPD werde „ein anderer Wind wehen!“ „Mecklenburg-Pommern und Sachsen, unsere guten Vorposten im Reich“, so Riefling, „werden sich mit uns vereinigen und dann wird aus der BRD wieder das, was es völkerrechtlich immer war, das deutsche Reich mit der Fahne schwarz weiß rot.“

Die braune Melange aus Neonazis und einigen wenigen Nationaldemokraten vertrug sich an diesem Tag sichtlich. Aus dem Schweriner Landtag waren mit Stefan Köster einige Mitarbeiter mitgekommen. Kameradschaften aus Sachsen-Anhalt unterstützten die Freien Kräfte. Den Lautsprecherwagen stellten die Verdener Neonazis. Bremer Neonazis waren per Bus angereist. Ein VW-Mitarbeiter trat in blauer Firmenkluft an. Ältere Unterstützer wie Dieter Fricke aus Achim marschierten in Grüppchen mit. Ungewohnt war der Umgang zwischen Christian Worch und Thomas Wulff, den Worch erstmals wieder „Kamerad Steiner“ nannte. Kameradschaften aus dem Harz, Schneverdingen, Schaumburg, Minden, Hannover, Celle und Lüneburg zeigten ihre Bereitschaft zur Unterstützung der NPD. Mit dünner Stimme griff NPD-Kandidat Adolf Dammann die „BRD-Systemparteien“ an, denn ‚das Volk wird eines Tages mit euch abrechnen.“ Dammann, der bis zu seiner Pensionierung 2003 Filialleiter einer Bank in York war, hetzte weiter: „Nie gab es soviel Freiheit für Kriminelle, Homosexuelle, Abtreiber, Rauschgifthändler, Zionisten, Volksfeinde, Spione, Vaterlandsverräter und habgierige Politiker!“

Viele der Neonazis gehörten dem militanten Spektrum der Szene an, T-Shirts mit Aufdrucken wie „Stahlgewitter – Im Krieg gegen ein Scheiß System“ oder „Mass Terror to end it all“, dazwischen ein Maschinengewehr, fielen ins Auge. Ein Teilnehmer wurde kurzfristig aus der Demonstration geholt, weil er den verbotenen Hitlergruß gezeigt haben soll. Auffällig viele Ordnerinnen versuchten unbeholfen, die eigenen Kameraden in Schach zu halten, als einige Eier aus den Reihen der Gegendemonstranten flogen und in der Nähe Böller explodierten. Später sammelten sie in einer gelben Kiste Spenden für die „nationale Sache“ ein.

Andrea Röpke

Zorn auf die „Schwarzen“

Mit den Rechts-„Autonomen“ haben NPD und Neonazis häufiger ihre Probleme.

Die Basecap tief in die Stirn gezogen, trotz sommerlicher Temperaturen die Kapuze auf dem Kopf. Die Sonnenbrille wird – ganz unabhängig von tatsächlichen Lichtverhältnissen – zum unentbehrlichen Demo-Utensil, die ganz „Harten“ bevorzugen auch im Juli Handschuhe. Das Ganze schwarz in schwarz und verbunden mit verbaler Militanz und dem einen oder anderen (Macht-)Spielchen mit der Polizei: Kaum eine Neonazidemonstration der letzten Monate verging ohne Beteiligung der „Autonomen Nationalisten“ (AN).

Demonstrationen der Szene sind – wenn auch auf ganz andere Weise als beispielsweise Rechtsrock-Konzerte – Teil einer rechtsextremen Erlebniswelt. Für Rechts-„Autonome“ gilt das noch stärker als für andere Spektren der Neonaziszene. „Erlebnisorientierung“, Machogehabe, eine durch die kollektive Verkleidung und Uniformierung gewonnene Stärke, die Bereitschaft zur Konfrontation mit Polizei oder Gegendemonstranten steht für sie im Mittelpunkt. Verfolgt man Diskussionen des „autonomen“ Teils der Szene im Vorfeld von Demonstrationen oder in deren Nachbereitung, geht es in den seltensten Fällen um das Thema der Veranstaltungen und um deren Erfolg oder Misserfolg in der Öffentlichkeit, sondern eher um die Frage, wie kämpferisch der „Black Block“ sich wird geben müssen und – in der Nachbetrachtung – wie er sich geschlagen hat. Zumal in NPD-nahen Kreisen, die sich um bürgerliche Reputation bemühen, sorgt das oft etwas autistisch wirkende Agieren der Rechts-„Autonomen“ für Ärger.

Aktueller Anlass für einen solchen Ärger ist der Neonaziaufmarsch vom 7. Juli in Frankfurt. Zwischen 600 und 700 Neonazis demonstrierten „im Jerusalem am Main“, wie es auf einem Flugblatt hieß, unter dem Motto „Arbeit statt Dividende – Volksgemeinschaft statt Globalisierung“, darunter in einem eigenen Block etwa ein Drittel Rechts-„Autonome“. Ordner versuchten, auf eine Einhaltung der Auflagen zu achten. Doch der „Black Block“ war anfangs renitent, bis hin zu Rangeleien mit den Ordnern.

Tags darauf beklagten sich „Nationale Sozialisten – Rhein/Ruhr“ auf der Internetseite des „Freien Widerstands“, einem der Sprachrohre der Rechts-„Autonomen“, über „wildgewordene Ordner“, die zu „Hilfssheriffs“ und „besonders engagierten Hilfspolizisten“ geworden seien. Nicht fehlen durfte das übliche Gedröhn der Rechts-„Autonomen“: „Bei Angriffen durch Antifaschisten werden wir auch in Zukunft nicht die andere Wange hinhalten, sondern angemessene Gegenwehr leisten! Rechtswidrigen Anordnungen grün/weißer Systembüttel werden wir keinerlei Folge leisten! Bei Polizeigewalt werden wir von unserem Notwehrrecht Gebrauch machen!“

„Eher Abschreckung zu befürchten“

Im Prinzip hat Marcel Wöll, NPD-Landesvorsitzender in Hessen und Anmelder der Demo, gegen eine solche Militanz nichts einzuwenden, nur der Anlass schien ihm nicht angemessen: „Wenn es Probleme mit der Polizei gibt, diese provoziert, die Marschroute blockiert, schikaniert mit Kontrollen oder ähnlichem kann man die komplette Palette von Widerstand auffahren, aber warum sollte man dies tun, wenn es nicht nötig ist?“ Und, so Wöll, in Frankfurt war es nicht nötig. Gleichwohl habe es „immer wieder Probleme mit der gleichen Gruppe“ gegeben – bis hin zur Gefahr, dass die Demonstration von der Polizei hätte aufgelöst werden können. Wöll: „Dummheit ist auch in Schwarz nicht besser.“ Er fragt sich, was dahinter steckt: „Weil man ein ‘Event’ will? Vielleicht auch ein bisschen ‘Spaß’ beim Demonstrieren?“ Jürgen Schwab, Ex-Vordenker der NPD, denkt ähnlich: Den AN gehe es „um Spaßgesellschaft und Provokation als Selbstzweck ... Mit dem Auftreten der AN kann die NPD niemanden erreichen, im Gegenteil, hier ist eher Abschreckung zu befürchten“.

Viel Zorn hat sich auf diese zumeist jüngeren Neonazis angestaut. Nach Frankfurt macht er sich Luft. Beispielhaft dafür steht ein „Franz aus Mannheim“, der bei „Altermedia“ schreibt: „Ein nationaler Demonstrationsteilnehmer sollte ein Aussehen wählen, was nicht jeder Bürger mit gewaltbereiten Krawallmachern vom G8 Gipfel gleichsetzt ... Eine Sonnenbrille und Mütze zu tragen ist durchaus akzeptabel und ratsam, um eine gewisse Anonymität sich zu bewahren. Aber warum 100 Mann mit schwarzen Hosen, schwarzen Pullies, schwarzen Handschuhen ‘Antifa Hurensöhne’ schreiend auf einer Demo sind, ist schwer nachvollziehbar?“ Der „Black Block“ wirke „wie

ein Mob beim Fußball, der auf Gewalt und Schlägereien aus ist“. Die meisten dieser Leute seien „junge gewaltgeile Personen, die leider weltanschaulich wenig ‘Background’ haben“. Und ein „Rainer H.“ meint: „Unsere Demos sind in der Außenwirkung irgendwo zwischen Hooligans und schwarzer Block angekommen. Mittendrin ein paar Hitler-Verschnitte, HJ-Imitationen und fette unsymphatische Ordner die wie Zuhälter aussehen.“ So mancher will die „Autonomen“ auf rechten Demos künftig nicht mehr sehen. Autor „Normalo“ bei „Altermedia“: „Warum suchen sich die ‘Autonomen Nationalisten’ nicht eine andere Spielwiese für ihre halbstarken, pseudorevolutionären Ansichten?“

Der antibürgerliche Gestus wird bewusst gepflegt

Einige parteiferne Altvordere wie Christian Worch und Thomas Brehl halten von solchen Ausgrenzungen wenig. Worch: „Wenn ein Veranstalter mal ausdrücklich den Schwarzen Block von seiner Demonstration ausschließt, dann solidarisiere ich mich und bin auch nicht dabei.“ Und Brehl meinte mit Blick auf den Stand der „Bewegung“: „In dieser Anfangs- man könnte auch sagen Experimentierphase ist Platz für alles, von der Braunhemdfraktion bis hin zu den AN’lern.“

Bei den Rechts-„Autonomen“ pflegt man bewusst den antibürgerlichen Gestus: Man habe es satt, „irgendwelche absolut lächerlichen auflagen, die grundrechtliches einfach verbieten, einfach so hinzunehmen. wir sind nunmal keine bürgerlichen“, schreibt einer von ihnen im Forum des Wikinger-Versands. In Frankfurt stand die NPD demnach auf der „bürgerlichen“, also der falschen Seite: „Man schreit anti antifa parolen und es wird untersagt. man wird agressiv bei angriffen und es wird untersagt. kameraden die sich wehrten wurden in die bullenreihe geschuppst...“ Mit ihrem Elan und ihrer Aggressivität wollen die „Autonomen“ Jüngere für die braune Sache gewinnen. Ein „AN Stuttgart“ schreibt: „Unser aller Ziel ist es doch Jugendliche für unsere Sache zu begeistern oder etwa nicht? Und mit Oi Oi Oi und 33’-Romantik ist das eben nicht mehr zu erreichen. Also warum nicht einen schwarzen Block auf Demos? Kommt auf jedenfall besser an als Boja (Bomberjacke, d. Red.) und Glatze.“

Tomas Sager

Biedermann-Masche

Breite Mobilisierungskampagne der NPD in Thüringen.

Die Thüringer NPD lässt ihre vor zwei Monaten ausgerufene Mitgliedergewinnungskampagne ausklingen. Von 150 Mitgliedern im Jahr 2003 haben die Nationaldemokraten ihren Bestand auf über 450 steigern können. In Strategiepapieren mobilisiert man zu einem kommunalen Angriff, so sind die gestiegenen Aktivitäten im gesamten Bundesland zu erklären.

Doch auch die Landtagswahlen 2009 hat man im Auge. Erfurt wurde nicht von ungefähr am 1. Mai zum Aufmarsch-Ort auserkoren. Dort versucht es die Partei inzwischen mit der Biedermann-Masche, so hat sie Mitglieder in den Bund der Vertriebenen (BdV) geschickt, zeigt sich in der Bürgerinitiative für den Erhalt eines zur Schließung anstehenden Schwimmbades und lädt Unternehmer zu einer Gesprächsrunde ein. Der Kreisvorsitzende Kai-Uwe Trinkaus gehört zu dem von anderen rechten Aktivisten wie Patrick Paul und Tobias Kammler gegründeten Verein „Schöner leben in Erfurt“. In Erfurt gab es Infostände der NPD mit Kreischef Trinkaus, der 1994 für wenige Monate einmal PDS-Ratsherr in Erfurt war. Trinkaus macht auch Anbiederungsversuche bei seiner ehemaligen politischen Heimat, der Linken. Deren Landeschef Knut Korschewsky bezeichnet er über das gemeinsame Hobby Tauchen als Freund, was Korschewsky abstreitet. Trinkaus hat laut dem „Neuen Deutschland“ eine Zeit lang der Linke-Parlamentarierin Susanne Henning nachgestellt und ihr sogar Blumen in den Landtag geschickt, bis diese sich mit einer Stalking-Anzeige wehrte. Hennings Parteikollege Matthias Bärwolff wurde nach eigenen Aussagen von Trinkaus fotografiert. Henning und Bärwolff betreiben ein Wahlkreisbüro, bei dem kürzlich die Scheiben eingeworfen wurden. Der NPD-Kreisverband hat scheinheilig 100 Euro Belohnung zur Ergreifung der Täter ausgelobt, obwohl Beobachter und Polizei davon ausgehen, dass die Sachbeschädigung aus der rechten Szene stammt. Aus dem Umfeld von Trinkaus und NPD stammt schließlich auch die Regionalzeitung „Bürgerstimme“, die nicht auf den ersten Blick als ein Produkt aus der Neonaziszene auszumachen ist.

Horst Freires

Störenfriede

Im Rahmen ihrer „Wort- und Platzergreifungsstrategie" tauchen Rechtsextremisten zunehmend bei Veranstaltungen demokratischer Parteien auf.

Rechtsextremisten nutzen verstärkt öffentliche Vortragsveranstaltungen, um aus dem Publikum heraus eigene politische Inhalte vorzutragen, die Veranstaltung zu stören und – wenn möglich – umzufunktionieren. In der vom NPD-Vorstand 2006 herausgegebenen „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung" unter dem Titel „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger" erklärt der Bundesvorsitzende Udo Voigt: „Es wird immer schwieriger, eigene NPD-Veranstaltungen in Deutschland durchzuführen. Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners. Dieser hat hier die Arbeit der Vorbereitung, Planung und Durchführung. Doch sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen Nationaldemokraten vor Ort sein, um etablierte Politiker und Kandidaten zur Rede zu stellen." Ähnliche Töne proklamiert der NPD-Landesverband Thüringen, der „den etablierten Politbonzen ... nicht nur auf die Finger" schauen will, „sondern ihnen notfalls auch mit politischen Mitteln auf die selbigen ... hauen". Dazu gehöre auch, „die Etablierten im Landtag, in den Stadtratssitzungen, ihren Veranstaltungen und Wohnorten zu besuchen".

In einer Erklärung des NPD-Kreisverbandes Westmecklenburg vom 18. Juni 2007 heißt es: „Seit einigen Jahren ist es üblich, dass Mitglieder der NPD in Westmecklenburg regelmäßig an Veranstaltungen der pseudodemokratischen Parteien CDU, SPD oder PDS teilnehmen. Seit einiger Zeit auch an Veranstaltungen der FDP ... Dies ist auch weiterhin erwünscht. ... Wir fordern alle unsere Mitglieder auf, sich an den örtlichen Veranstaltungen zu beteiligen, zu informieren und bei gegebenem Anlass das Wort zu ergreifen. Das hat in den letzten Jahren mit zu unserem Erfolg beigetragen. Darum weiter so und nicht nachlassen."

Nachfolgende Beispiele zeigen auf, wie Rechtsextremisten die „Wort- und Platzergreifungsstrategie" in den vergangenen Monaten aktuell in die Tat umgesetzt haben:

Am 7. Juli dieses Jahres feierte der „Freundeskreis Herbert-Wehner-Bildungswerk" im Dresdener Rathaus den 101. Geburtstag des früheren SPD-Spitzenpolitikers. Vor dem Rathaus marschierten zehn Aktivisten des NPD-Kreisverbandes Dresden mit einem roten Transparent auf mit der Aufschrift „Soziale Gerechtigkeit durchsetzen". Verteilt wurde ein Flugblatt mit dem Titel „Mehr Kurt Schumacher, weniger Kurt Beck!"

Sozialdemokraten als „Volksfeinde" diffamiert

In Berlin nutzte die NPD am 1. Juli ein Straßenfest der SPD in Berlin-Neukölln für eigene Aktionen. Kurzfristig hatte die NPD eine 24-Stunden-Mahnwache unter dem Motto „Jugend braucht Perspektive statt Polizeiwillkür" in Sichtweite des Festes angemeldet. Am 30. Juni führten 20 NPD-Anhänger, darunter der NPD-Bundespressesprecher Klaus Beier, vor dem Landesparteitag der brandenburgischen SPD in Cottbus eine Mahnwache durch, „um den Unmut über Sozialabbau, Werteverfall, Charakterlosigkeit in der politischen Klasse und Korruption auf die Straße zu tragen." In dem Aufruf „Gegen System und Kapital! Mahnwache zum SPD-Landesparteitag" wurden Sozialdemokraten als „Volksfeinde" diffamiert.

Im schwäbischen Horb fand am 25. Juni eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „... am besten gar nicht erst zulassen, dass Rechtsradikale einen Fuß in die Tür bekommen" statt. Eingeladen hatte der Oberbürgermeister von Horb, der auch baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der FDP ist. Im Saal war auch ein halbes Dutzend Aktivisten aus dem Umfeld der NPD, die sich mehrfach zu Wort meldeten. In einer NPD-Pressemitteilung wurde verkündet: „Der Abend war – trotz klarer Positionen – durch gegenseitigen Respekt der meisten Besucher gekennzeichnet und kann als Erfolg für das nationale Lager und die Demokratie betrachtet werden."

Mitte Juni dieses Jahres veranstaltete die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in Friedrichshafen eine Podiumsdiskussion über „Die rechte Szene in Baden-Württemberg". Mindestens ein Dutzend schwarz gekleideter Rechtsextremisten war vor Ort. Unauffällige junge Rechtsextremisten nutzten die Gelegenheit, um auf „Verfolgung" und angebliche Kriminalisierung von NPD-Anhängern aufmerksam zu machen. Das Geschwister-Scholl-

Gymnasium in Pulheim/Nordrhein-Westfalen führte Mitte Juni eine Aktionswoche gegen Rechtsextremismus durch. Unter den Zuhörern einer Podiumsveranstaltung zum Thema befanden sich auch Vertreter der NPD.

Von der schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktion wurde am 5. Juni 2007 in Kiel eine Veranstaltung zum Thema „Moderne Nazis – auch in Schleswig Holstein?“ durchgeführt. Zu Wort kamen dabei unter anderem der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz und der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer. Am 29. Mai hatte die sächsische CDU zu einer Vortragsveranstaltung nach Lommatzsch geladen. Angekündigt war unter anderem der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt. Vor dem Veranstaltungslokal verteilten der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel und der stellvertretende NPD-Kreisvorsitzende von Riesa-Großenhain, Mirko Beier, Flugblätter.

Bei einer Veranstaltung des Bündnisses für Toleranz am 23. Mai in Bad Windsheim in Bayern erschienen Mitglieder und Sympathisanten der NPD. Erst nach dem Einschreiten der Polizei zogen sie von dannen. An einer Vortragsveranstaltung zum Thema rechte Rockmusik am 9. Mai an der Volkshochschule von Alsdorf in Nordhein-Westalen nahmen auch Rechtsextremisten teil. Mehrfach versuchten sie, die Diskussion zwischen Referent und Publikum zu beherrschen.

Acht Rechtsextremisten störten am 10. Mai eine Sitzung des Magdeburger Stadtrats. Während der Sitzung im Rathaus entrollten sie ein Plakat der Jungen Nationaldemokraten und machten mit einer Digitalkamera Fotos von einigen Stadträten.

Mit einem NPD-Mobil, auf dem Schilder mit der Aufschrift „Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre“ angebracht waren, „besuchten“ Rechtsextremisten am 1. Mai dieses Jahres in Berlin mehrere Partei- und Volksfeste. Dabei verteilten sie auch NPD-Flugblätter. Aufgesucht wurden unter anderem ein CDU-Fest in Rudow und zwei SPD-Feste im Bürgerpark Pankow und im Schlosspark in Buch. Der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger kommentierte die Aktion mit den Worten: „Die NPD versteckt sich am Tag der deutschen Arbeit nicht hinter Phrasen, sondern beweist, dass sie die offensive politische Auseinandersetzung sucht. So manche Veranstaltung der Etablierten wird auch künftig vor der NPD nicht sicher sein.“

Am 30. April fand in der Stadtbibliothek von Eggenfelden in Bayern die Eröffnung der Ausstellung „Rechtsextremismus in Bayern“ der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Daran wollten auch mehrere Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Rottal-Inn teilnehmen. Von der Polizei wurde deren Teilnahme verhindert, da die Sozialdemokraten das Hausrecht ausübten.

„Die NPD sucht die offensive politische Auseinandersetzung“

„Wie gehen wir mit Vertretern und Vertreterinnen der NPD in der Öffentlichkeit um?“, lautete eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung am 24. April im Kreistag von Oranienburg (Brandenburg). Mindestens acht bekennende NPD-Leute, darunter Lore Lierse (NPD-Kommunalpolitikerin) und Stella Palau (Ring Nationaler Frauen), waren unter den etwa 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das zweistündige Gespräch wurde weitgehend von den Rechtsextremisten dominiert, die bei der Gelegenheit die NPD als Opfer linker Gewalt darstellten. Am 21. März fand in der Volkshochschule Bremerhaven eine Veranstaltung des Kooperationskreises Mut gegen Gewalt – Wir in Bremerhaven für Respekt, Toleranz und Demokratie statt. An der Veranstaltung wollte eine 14-köpfige Gruppe aus den Reihen der NPD teilnehmen. Den Rechtsextremisten wurde der Einlass verwehrt.

20 Neonazis aus Kreisen der „Autonomen Nationalisten“ wollten am 16. März in Konstanz (Baden-Württemberg) eine Podiumsdiskussion im Rahmen der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ aufmischen. Den Angaben zufolge versuchten die Neonazis, gewaltsam in den Bürgersaal in Konstanz einzudringen und ließen sich auch von einem erteilten Hausverbot nicht abhalten. Die Polizei schritt mit rund 40 Beamten ein und nahm elf Neonazis im Alter zwischen 15 und 28 Jahren in Haft.

Dass Rechtsextremisten tatsächlich zunehmend versuchen, bei Veranstaltungen von demokratischen Parteien und Einrichtungen Präsenz zu zeigen, dürfte hier jedenfalls deutlich werden.

Anton Maegerle

Grauzone

Rückkehr zum „Nationalstolz“

Dozent der Berliner Polizeischule schreibt seit Jahrzehnten für rechtsextreme Zeitschriften.

Zum Jubiläum fehlte nur ein Jahr. Genau 24 Jahre lang arbeitete Amtsrichter Falko Gramse (72) als ehrenamtlicher Dozent an der Berliner Landespolizeischule. Seit 1983 brachte der Jurist den angehenden Polizeibeamten unter anderem das richtige Verhalten bei Gerichtsverhandlungen bei. Was nie jemand bemerkte oder beanstandete: Falko Gramse schrieb in dieser Zeit immer wieder für rechtsextreme Zeitschriften. Die Berliner Polizei zog erst Konsequenzen, als sie durch diese Recherche auf das rechtslastige Treiben ihres langjährigen Dozenten aufmerksam wurde: „Nach Prüfung der Vorwürfe hat die Behördenleitung dies unverzüglich zum Anlass genommen, Herrn Gramse von seiner Dozententätigkeit zu entbinden“, teilte Polizeisprecher Bernhard Schodrowski mit. Eigentlich sei Gramse noch in diesem Sommer für eine weitere Lehrveranstaltung eingeplant gewesen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Berliner Landespolizeischule auf diese Weise für Schlagzeilen sorgt: Im März hatte der Holocaust-Überlebende Isaak Behar nach seinem Vortrag an der Schule von antisemitischen Reaktionen berichtet. Später wurde der Vorfall jedoch als „Missverständnis“ eingestuft.

Bei Falko Gramse hingegen gibt es wohl kaum etwas zu missverstehen. Die Parallellaufbahn des Verkehrsrichters und Dozenten als Publizist am äußersten rechten Rand begann bereits 1980 mit einer Artikelserie über „Germanisches Recht“ in der Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG). Die Vierteljahresschrift wird vom Grabert-Verlag in Tübingen, einem der größten rechtextremen Verlage in Deutschland, herausgegeben und widmet sich vor allem der Relativierung oder sogar Leugnung von nationalsozialistischen Verbrechen. Erst im Februar 2007 wurde Verleger Wigbert Grabert wegen eines DGG-Artikels zu einer dreimonatigen Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt.

Besonders schreibwütig zeigte sich Falko Gramse jedoch erst nach seiner Pensionierung. In den vergangenen fünf Jahren veröffentlichte er neben einzelnen Artikeln in DGG und der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ nicht weniger als 16 Aufsätze in „Mensch und Maß“. Die Halbmonatszeitschrift ist nach Auskunft des brandenburgischen Verfassungsschutzes „partnerschaftlich verbunden“ mit dem völkisch-religiösen „Bund für Gotterkenntnis“ und propagiere wie dieser die „rassistischen und antisemitischen Ideen“ von Mathilde Ludendorff (1877-1966). Die verschwörungstheoretische Weltanschauungslehre der Witwe von Erich Ludendorff, dem deutschen General des Ersten Weltkriegs und Teilnehmer am gescheiterten Hitler-Putsch gegen die Weimarer Republik, war vom Nazi-Regime 1936 als „dritte Konfession“ neben evangelisch und katholisch anerkannt worden.

Falko Gramse nutzte seine Beiträge in „Mensch und Maß“ vor allem, um eine Rückkehr zum „Nationalstolz“ zu fordern. So wetterte er jüngst gegen die vermeintliche „Beseitigung deutscher nationaler Identität“ durch die 68er-Generation und ihre Erinnerung an die NS-Vergangenheit. „Dabei ist es das Schlimmste, dass die ‘68er’ ihrem Ungeist folgend mit aller ihnen zur Verfügung stehenden geistigen und moralischen Macht schamlos versucht haben, die geistigen, kulturellen und historischen Wurzeln des deutschen Volkes zu vernichten“, schrieb der Jurist. „Wer sich dauernd allein damit beschäftigt, die Vergangenheit zu bewältigen, wird weder die Gegenwart noch die Zukunft meistern. Ohne Stolz kann ein Mensch auf Dauer nicht leben, ein Volk somit auf Dauer nicht ohne Nationalstolz.“ Um sich einer „fremden geistigen Beherrschung“ zu erwehren, müsse sich Deutschland auf Geschichte, Vaterland, Heimat, Pflichtbewusstsein und „kulturelle Identität“ besinnen.

Satte 40 Seiten füllte der Amtsrichter a.D. rund um den Jahreswechsel 2006/2007 mit seinen Gedanken zu diesem Thema. Auf die Anfrage zu seinem publizistischen Schaffen dagegen zeigte er sich weit weniger redselig. „Ich bin auf Anraten meines Rechtsanwalts nur dann bereit, Ihr Schreiben zu beantworten, wenn Sie mir vorab eine Honorarzusage zusenden“, ließ Gramse wissen. „Wir dachten an einen Betrag von 8000 Euro“.

Carsten Meyer/Joachim F. Tornau

Freibier für „Chaoten"

Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg: Rechte Mitte und Zentrumspartei auf Schills Spuren.

Zwei ehemalige Senatoren lassen nicht locker. Während die Hansestadt der politischen Sommerpause entgegendämmert, forcieren die Ex-Ressortchefs Roger Kusch (Justiz) und Dirk Nockemann (Inneres) den Wahlkampf mit populistisch-patriotischen Parolen. Ex-CDU-Mitglied Kusch geht mit der Neugründung KUSCH – Rechte Mitte Heimat Hamburg auf Stimmenfang, der Ex-Schillianer Nockemann mit seiner Deutschen Zentrumspartei. Beide Parteien haben für den Urnengang im Februar 2008 das Wählerpotential rechts von der CDU im Visier.

Dass die Veranstaltungen der beiden Rechtsausleger mitunter zu Happenings mutieren, ist weder beeindruckenden Auftritten der Protagonisten zu verdanken noch enthusiastisch jubelnden Parteigängern. Für „Stimmung" sorgen junge Anarchisten und linke Globalisierungsgegner, die zu Vorträgen mit Themen wie „Zucht und Ordnung" oder „Chaoten wegsperren!" pilgern. Beim Aufeinanderprallen fremder Welten spielen sich mitunter skurrile Szenen ab. So kommt es schon mal vor, dass der Landesvorsitzende der rechtspopulistischen Deutschen Zentrumspartei nach einstündigem Intensiv-Mobbing Fragen von den Spaßguerilleros wie „Herr Nockemann, darf ich mir auf Ihre Kosten ein Bier bestellen?" mit einem müden „Ja" beantwortet.

Aber weder hilft Freibier, die in Wahlkampfzeiten von allen vom rechten Rand angemahnte Freiheit der Andersdenkenden zu entfalten. Noch können Drohungen, den Saal von der Polizei räumen zu lassen, die linken Jugendlichen von ihrem nervtötenden Tun abbringen: Die Suggestivkräfte des Innensenators a. D., der bei den Bürgerschaftswahlen 2001 Schulter an Schulter mit Ronald Schill und aus dem Stand sensationelle 19,4 Prozent für die Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) erkämpft hatte, wirken nicht mehr: Die Wahlkampfveranstaltung des Hamburger Zentrums geht in einem Meer von Seifenblasen, Luftschlangen und -ballons, in Spottgesängen, im Gejohle und Handyton-Gedudel unter.

Nach dem Debakel suchen die knapp zehn Parteifreunde – mehr waren nicht gekommen, um den etwa 40 Störern die Stirn zu bieten – nach Erklärungen. Aber der analytische Verstand stößt schnell an seine Grenzen: Dass Dirk Nockemann die linke Jugend im Rahmen einer Veranstaltung, die den Titel „Gewalttätige Chaoten wegsperren!" trägt, nicht mit einem eindringlichen „Aber ich sehe das doch alles genau so wie Ihr!" besänftigen kann, will sogar die Parteispitze nicht so recht begreifen: „Wir sind doch die patriotische Alternative zur Linkspartei und treten für einen aufgeklärten Humanismus ein", sagt der Vorstandssprecher Norbert Frühauf trotzig. Der gemäßigte Kurs seiner Partei soll, laut dem Ex-Fraktionschef der Schill-Partei in der Hamburger Bürgerschaft, der Grund gewesen sein, dass der neokonservativ-christliche Publizist Udo Ulfkotte aus dem Zentrum zu den weniger zimperlichen „Bürgern in Wut" abgewandert ist.

Gegen die „Gutmenschen" wettert Roger Kusch, der einst von seinem Studienfreund, dem amtierenden Bürgermeister Ole von Beust, nach Hamburg geholt und auf den Senatorensessel gehievt worden war. Die Forderung der „lächelnden Guillotine", so Kuschs Spitzname, Bettler und Penner hätten auf Hamburgs Straßen nichts verloren, konnte von der Mehrheit der Mitglieder beim Programmparteitag zumindest sprachlich abgemildert werden – die Abschaffung des Jugendstrafrechts, das Kopftuchverbot in öffentlichen Gebäuden und der genetische Fingerabdruck von allen Asylbewerbern sind weitere Marksteine.

Wer Kusch auf vom Schwarzen Block mit „Schill junior"-Rufen gestörten Veranstaltungen über „schmarotzerhafte Lebensweisen", „Angst verbreitende türkische Jugendliche" und „das Versagen unseres Senats bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität" reden hört, fühlt sich an „Richter Gnadenlos" Ronald Schill erinnert, der 2001 zum Vize-Bürgermeister aufstiegen war. Doch schon nach wenigen Sätzen wird klar, dass Kusch (und Nockemann) nicht annähernd über Schills charismatische Ausstrahlung verfügen und als dessen politische Wiedergänger auf verlorenem Posten stehen. Der Funke will trotz inhaltsgleicher Parolen nicht überspringen – von 19 Prozent darf die nächste Rechtsausleger-Generation nicht einmal träumen.

Volker Stahl

Seitenblick

„Rassistische Beweggründe“

Sachsen-Anhalt will härtere Strafen bei rechter Gewalt.

Das Land Sachsen-Anhalt plant eine Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Strafrechts bei extremistischen oder fremdenfeindlichen Gewalttaten. Mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition hat der Landtag den Auftrag zu dieser Initiative erteilt, die jetzt das Justizministerium vorbereitet.

Der brutale Überfall mehrerer Neonazis auf eine Gruppe von Schauspielern des Nordharzer Städtebundtheaters, bei dem im Juni fünf Darsteller schwer verletzt wurden, brachte Sachsen-Anhalt erneut selbst überregional in die Negativschlagzeilen. Ein Überfall, der nach Ansicht der Koalitionäre im Magdeburger Landtag gar nicht hätte stattfinden dürfen. Denn die vier Haupttäter, die derzeit in Untersuchungshaft auf ihren Prozess warten, waren teils mehrfach einschlägig vorbestraft und standen zum Tatzeitpunkt nach vorherigen Urteilen noch unter Bewährung. Und damit sind sie, wie viele andere Urteile nach neonazistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten zeigen, beileibe keine Einzelfälle.

Als Ziel der Initiative strebt die Koalition an, „eine gesetzliche Strafverschärfung für solche Straftaten einzuführen, die aufgrund einer anderen politischen Einstellung als der des Täters, der Zugehörigkeit zu einem anderen Volk oder einer anderen Nation, einer anderen Glaubensrichtung oder Weltanschauung, des Erscheinungsbildes, der Hautfarbe oder der sexuellen Orientierung des Opfers erfolgt“. Bei Justizministerin Angela Kolb (SPD) rennt die schwarz-rote Landtagsmehrheit mit ihrem Vorstoß offene Türen ein. „Mit unserer Bundesratsinitiative wollen wir erreichen, dass rechtsextremistische, rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe einer Tat bei der Festsetzung der Strafe künftig eine besondere Rolle spielen“, sagt die Ministerin und verweist darauf, dass im Strafgesetzbuch niedrige Beweggründe schon jetzt eine Rolle bei der Festsetzung des Strafmaßes spielen. „Wir wollen, dass sich die Gerichte künftig immer mit der Frage auseinandersetzen, ob die Tat einen extremistischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund hat.“ Darüber hinaus solle bei Taten mit einem solchen Hintergrund in der Regel keine Aussetzung der Strafe zur Bewährung mehr möglich sein. „Ganz offenbar empfinden gerade Täter mit insbesondere rechtsextremistischem Hintergrund Bewährungsstrafen als eine Art Freispruch, das zeigen einschlägige Studien.“

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern waren vor geraumer Zeit mit einer Bundesratsinitiative etwa gleicher Zielstellung gescheitert. Zumindest mit Brandenburg steht das sachsen-anhaltische Justizministerium in engem Kontakt, vermutlich werden die beiden Länder die Initiative aus Magdeburg gemeinsam einbringen.

Im Jahr 2002 hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz gegenüber Deutschland gefordert, rassistische Beweggründe bei allen Straftaten als strafverschärfend zu bewerten. Angesichts des extremen Anstiegs rassistischer Straftaten während der vergangenen Jahre, so hieß es in dem Bericht der Kommission, genüge es nicht, darauf hinzuweisen, dass die vorhandenen Instrumente des Strafrechts ausreichten. Nachdrücklich solle die Aufnahme menschenfeindlicher Einstellungen als Strafzumessungsgrund und als Qualifikationstatbestand bei Körperverletzung und Brandstiftung mit einem größeren Strafmaß im Strafrecht Eingang finden. Und während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist einstimmig ein Rahmenbeschluss ergangen, in dem die Justizminister der EU fordern, rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe bei Gewalttaten wie etwa der Körperverletzung als strafverschärfend zu berücksichtigen. In Großbritannien, Schweden, Spanien und Italien sind die entsprechenden Rechtsnormen bereits lange vor diesem Beschluss verschärft worden.

Den Einwand von Kritikern, mit der beabsichtigten Verschärfung die Justiz zur Gesinnungsschnüffelei zu zwingen, weist Angela Kolb zurück. Beispielsweise seien gewöhnliche Gewalttaten in der Regel Beziehungsstraftaten. „Bei rassistisch, fremdenfeindlich oder politisch motivierten Gewalttaten greift der Täter sein Opfer nicht als Person an, sondern als Vertreter einer ihm verhassten Menschengruppe“, sagt sie. Eine Wirtshausschlägerei, auch wenn sie vielleicht ausarte, sei immer noch etwas ganz anderes als ein neonazistischer Überfall auf einen Migranten oder die Brandstiftung an einem Asylbewerberheim.

Eberhard Löblich

24. Jahrgang | 15 | 20. Juli 2007

Blick in die Zeitgeschichte

Als „entartet“ verfemt

Eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus in Berlin gedenkt der vom NS-Regime verfolgten und geschmähten Künstlerinnen und Künstler.

Vor siebzig Jahren, genau am 19. Juli 1937, dokumentierte eine Ausstellungseröffnung einen der vielen geistigen und kulturellen Tiefpunkte der Ideologie der Nationalsozialisten: In München wurden an jenem Tag viele herausragende zeitgenössische Kunstwerke – absichtsvoll schlecht gehängt und beleuchtet – unter dem diffamierenden Titel „Entartete Kunst“ gezeigt. In den Augen der Nazis waren sie unwert, weiterhin zu existieren oder ausgestellt zu werden. Der „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“ präsentiert in Berlin aus Anlass dieses unrühmlichen Jahrestages die Ausstellung „Verfolgt – Verfemt – Entartet“.

Zu sehen sind Kunstwerke der seinerzeit geschmähten und verfolgten Künstler und Künstlerinnen. Dass dabei nicht nur bekannte oder gar zu Weltruhm gelangte Kunstschaffende wie Otto Dix, Käthe Kollwitz, Wassily Kandinsky oder Max Beckmann mit Exponaten vertreten sind, sondern auch zahlreiche längst in Vergessenheit geratene Maler und Grafiker, ist ein besonderes Verdienst der Ausstellungsmacher. Und es ist zudem keineswegs selbstverständlich, im Jahr 2007 eine so große und breite Auswahl an Bildern jener Zeit betrachten zu können. Sind doch laut Begleittext „schätzungsweise 20 000 Kunstwerke aus über 100 Museen und Sammlungen“ Opfer der Nazijagd auf „entartete Kunst“ geworden. Der weitaus größte Teil davon, so heißt es weiter, sei „nach Beschlagnahme und Enteignung nachweislich vernichtet“ worden oder gelte seit damals als verschollen.

Im Mittelpunkt der Präsentation im Willy-Brandt-Haus stehen die Kunstwerke – und der Betrachter findet einen sensibel gewählten und gehängten Querschnitt von Aquarellen und Drucken, Porträts und Abstraktem, Heiterem und Sozialkritischem. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind allerdings gerade für diese Ausstellung die Hintergrundtexte zum historischen Kontext insgesamt sowie zu den einzelnen Künstlern.

Denn neben Berühmtheiten wie George Grosz, John Heartfield oder Max Pechstein, die ihren künstlerischen Weg zum Teil im Exil beziehungsweise spätestens nach 1945 fortsetzen konnten, gab es viele Kreative, die zur Zeit der Machtübernahme durch die Nazis erst am Anfang ihrer künstlerischen Karriere standen – und ihr Talent nie entwickeln konnten, da oft nicht nur ihre Kunst, sondern sie selbst als Person Opfer von Verfolgung und Gefangenschaft wurden. Dabei waren insbesondere jüdische und politisch aktive Künstler gefährdet. Aber auch andere hoffnungsvoll begonnene Laufbahnen endeten höchst tragisch: In der Ausstellung wird beispielsweise das Schicksal der talentierten Dresdner Malerin Elfriede Lohse-Wächtler beschrieben. Ihr wurde nach 1933 ohne medizinische Absicherung „Schizophrenie“ attestiert. Auf dieser zweifelhaften Basis wurde die junge Frau entmündigt und zwangssterilisiert. Von diesem Schock erholte sich die Künstlerin nicht. Nach heutigem Kenntnisstand wurde Elfriede Lohse-Wächtler Ende Juli 1940 innerhalb der „Euthanasie-Aktion T 4“ in der Heilanstalt Pirna-Sonnenstein umgebracht.

Ein Teil der Ausstellung ist zudem vergessenen Künstlern gewidmet, etwa Grete Schick, Fritz Stuckenberg oder Werner Hofmann, denen sich die Kunstgeschichte erst seit den 1980-er Jahren intensiver zugewandt hat. Im Hintergrundtext heißt es zu dieser Gruppe: „Der Nationalsozialismus ließ diese Künstler verstummen, der Krieg zerstörte ihre Werke und die Nachkriegszeit fand keinen neuen Zugang zu ihnen. So währte ihre künstlerische Laufbahn meist nur kurz und es blieb wenig oder nichts zurück.“ Dass sie und ihr Werk jetzt gewürdigt werden, macht die Ausstellung zusätzlich wertvoll.

Gudrun Giese

Die Ausstellung „Verfolgt – Verfemt – Entartet“ ist bis zum 9. September 2007 dienstags bis sonntags zwischen 12.00 und 18.00 Uhr im Willy-Brandt-Haus in Berlin-Kreuzberg, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, zu sehen. Der Eintritt ist frei, ein Ausweis muss mitgebracht werden.

Meldungen

Heß-Gedenkaktionen

Wunsiedel – Das neonazistische Wunsiedel-Komitee ruft zu „bundesweiten Aktionswochen“ zum Gedenken an den Führer-Stellvertreter Rudolf Heß auf. Solche Aktionswochen sollten, so das Komitee, auf jeden Fall organisiert werden, „unabhängig davon, ob der Marsch in Wunsiedel doch noch stattfinden kann“. Das Landratsamt in Wunsiedel hatte Ende Juni einen vom Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger für den 18. August geplanten Aufmarsch von Neonazis verboten: Die Veranstaltung diene dazu, die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zu verherrlichen. 2005 und 2006 waren entsprechende Versammlungsverbote vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Es gebe „ja auch andere Möglichkeiten, den Mord an Rudolf Heß in die Öffentlichkeit zu bringen“, erklärte das Wunsiedel-Komitee nun. Juristisch bleibe es „nach wie vor unbedenklich, öffentlich auf den Mord an Rudolf Heß aufmerksam zu machen. Das kann mit angemeldeten Aktionen ebenso geschehen wie ganz spontan“. (ts)

NPD-Frauen expandieren

Salzland/Sotterhausen – Die NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) hat am 1. Juli einen weiteren Ableger im Salzland in Sachsen-Anhalt gegründet. Nach Halle, Saalekreis, Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld handelt es damit um die fünfte RNF-Regionalgruppe in Sachsen-Anhalt. Die Führung übernimmt Heidrun Walde, NPD-Kreistagsmitglied im Salzland und einst REP-Landesvorstandsmitglied. Dem RNF hat sich NPD-Angaben zufolge auch Marita Schäfer, Landesvorsitzende der Deutschen Partei in Sachsen-Anhalt, zuvor Bundesvorstandsmitglied der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei – Die Freiheitlichen in Deutschland (FDVP), angeschlossen. Judith Rothe (Sotterhausen), stellvertretende RNF-Sprecherin und NPD-Landesvorstandsmitglied sowie NPD-Fraktionsvorsitzende des Landkreises Mansfeld-Südharz, wurde am 8. Juni auf einer Versammlung der Mitglieder ihres NPD-Kreisverbandes zur Kreisvorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen Rothe Matthias Brandt (Welfesholz) und Nico Heyer (Hettstedt) zur Seite. Bei der Kommunalwahl im April 2007 hatte Rothe, Lebensgefährtin des bekannten Neonazis Enrico Marx, in Sotterhausen 15 Prozent der Stimmen erzielt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de